

JUNGE ALTERNATIVE ZEITUNG



Magazin der Jungen Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg | NOV 2014 2. Jahrgang | Nr. 13
mit Beiträgen aus Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen



DER AUFSTEIGER

Thüringens AfD-Fraktionsvorsitzender Björn Höcke im Interview

Foto: Agentur Whitedesk

LEITARTIKEL

Die Quotenrepublik: Von JA-BW-Vizevorsitzendem Reimond Hoffmann..... 3

TITEL

„Die AfD denkt in Generationen“: Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD im Landtag von Thüringen, im Interview..... 4

BADEN-WÜRTTEMBERG

Wider die Sanktionsspirale: Die JA-BW lud gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Ludwigsburg zur Diskussion über den Ukraine-Konflikt..... 9

Paris-Berlin-Moskau-Belgrad: Der JA-BW-Vorsitzende Markus Frohnmaier war zu Gast auf einer internationalen Konferenz 8

Aller guten Dinge sind drei: Die JA-BW traf sich bereits zum dritten mal mit der Jungen Union 12

BRANDENBURG

Rendezvous in der Hauptstadt: Die JA Brandenburg lud zum Kennenlernen nach Berlin..... 13

HESSEN

Vier gewinnt: Die JA Hessen absolvierte ihren vierten Landesparteitag in Frankfurt..... 14

DEBATTE

Recht auf Rausch?: Von AfD-Stadtrat Markus Mohr (Aachen).. 15

LESERBRIEFE

Hier haben Sie das Wort: Ihre Meinung ist uns wichtig..... 17

IMPRESSUM

Herausgeber:

[Junge Alternative für Deutschland](#)
[Landesverband Baden-Württemberg](#)

Adresse: Postfach 11 20,
72001 Tübingen

E-Mail: [jungealternativezeitung\(at\)gmail.com](mailto:jungealternativezeitung(at)gmail.com)



LEITARTIKEL

Die Quotennation

Überall werden dieser Tage Quoten gefordert oder gleich durchgesetzt. Es ist geradezu wie ein stetiger und langsamer Unfall, bei dem man einfach nicht wegsehen kann. Die Augen und die Ohren zuhalten nützt nichts, man muss sich dem Thema stellen.

In Dortmund sollen nun Ampelmännchen gegen Ampelweibchen ausgetauscht werden, nicht etwa weil die Stadt keine größeren Probleme hat – wie eine Arbeitslosigkeit von über zwölf Prozent, zunehmende Gewalt, die hohe Verschuldung der Stadt oder Tabellenplatz 16 für die Borussia –, sondern weil Frauen sich auch auf der Ampel endlich gleichberechtigt fühlen sollen. Es riecht geradezu nach Beschäftigungstherapie für ansonsten ahnungslose Kommunalpolitiker, die ihren Abschluss in Genderwissenschaften gerade so geschafft haben.

Doch was Otto-Normal-Kommunalpolitiker kann, das können Landespolitiker schon lange. "Wir setzen uns deshalb für eine Frauenquote von 40 Prozent in Führungsgremien baden-württembergischer Landesbetriebe mit einer Mehrheitsbeteiligung des Landes ein", sagte im Jahre 2012 die Frauenbeauftragte der Landtagsfraktion der CDU mit dem klingenden Doppelnamen Gurr-Hirsch. Dabei spricht Gurr-Hirsch beachtenswerterweise nicht von Gleichberechtigung, sondern von Gleichstellung – also einer Gleichmacherei die nichts mit Können zu tun hat.

Diese Forderung muss auch noch heute gelten, denn ihrem Fraktionsvorsitzenden Guido Wolf schwebt ähnliches vor. Der momentan im innerparteilichen Wahlkampf um die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2016 stehende Wolf verkündete unlängst, dass er sich für eine Frauenquote von 50 (in

Worten: Fünfzig) Prozent in seinem zukünftigen Kabinett ausspricht – von Qualität und Können der Personen redet er nicht. Man wird stark an Ampelweibchen erinnert, die nur da sind, weil sie da sein müssen: Regierungsampleweibchen sozusagen. Die Vernunft sagt einem, dass selbst ein Frauenanteil von 100 Prozent sinnvoll wäre, wenn denn die Frauen qualifiziertere und bessere Politiker sind als die zur Auswahl stehenden Männer. Warum denn nicht?

Aber Guido Wolf schafft es mit seinem Vorstoß, Frauen auf ihr Geschlecht reduzieren und empfindet, dass Frauen bei der Besetzung von Führungspositionen in der Landesverwaltung noch immer unterrepräsentiert seien. Es geht ja nicht darum, wer wo unterrepräsentiert ist, sondern wer der Wirtschaftsmacht Baden-Württemberg fachlich die beste Zukunft gewähren kann. Außerdem schadet Guido Wolf schon von Anfang an seinen potenziellen Ministerinnen, die wirklich aufgrund ihrer Qualifikation in Regierungsverantwortung kommen würden. Diese stünden unter dem Verdacht der Quotenfrauen.

Guido Wolf, der diese Stellungnahme auf eine Anfrage der Frauenunion geschrieben hat, steht damit durchaus in der Tradition seiner deutlich weit nach links gerückten Landtagsfraktion. Und als AfD kann man nur hoffen, dass er mit seinem irrealen Quotendrill die CDU-Spitzenkandidatur in Baden-Württemberg gewinnt und eine Frau Gurr-Hirsch seine linke Hand wird.

REIMOND HOFFMANN

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

leserbriefe.jaz(at)gmail.com



Foto: Privat

Reimond Hoffmann,
Stv. Landesvorsitzender
der JA Baden-Württemberg

TITEL

"Die AfD denkt in Generationen"

Björn Höcke ist einer von zwei Sprechern der AfD in Thüringen sowie Fraktionsvorsitzender der Partei im Erfurter Landtag – im Gespräch mit der "Jungen Alternativen Zeitung" steht er Rede und Antwort

Herr Höcke, nachdem Sie bei der Landtagswahl im Oktober 10,6 Prozent erreichen konnten, haben Sie inzwischen die ersten Landtagssitzungen hinter sich gebracht. Wie ist Ihr bisheriger Eindruck vom Politikbetrieb? Wie sieht der Umgang der anderen Parteien mit der AfD in Erfurt aus?

Wir haben bisher erst eine Landtagssitzung in Thüringen erlebt, nämlich die konstituierende am 14. Oktober. Wie Sie sicherlich wissen, gestaltet sich die Regierungsbildung aufgrund des Wahlergebnisses sehr schwierig. Die Sondierungsgespräche zogen sich in die Länge. Bis zum 3. November lief etwa ein Mitgliedervotum bei der SPD bezüglich des Eingehens einer rot-rot-grünen Koalition unter Bodo Ramelow. Die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgt erst im Dezember. Wir hadern im Augenblick nicht mit dieser Verzögerung – im Gegenteil. Der Aufbau der AfD-Fraktion fordert uns alle vollständig. Unsere Büroräume werden wir erst in einigen Wochen beziehen können. Für den Übergang sind uns zwei Sitzungsräume zur Verfügung gestellt worden. Wir arbeiten aber eng mit der Landtagsverwaltung zusammen und werden sehr gut betreut.

Die bisherigen interfraktionellen Arbeitstreffen verliefen in sachlicher Atmosphäre. Im Plenum spüren wir aber die ausgeprägte, wahrscheinlich in ideologischer



Foto: Agentur Whitedesk

Verbohrtheit gründende Gegnerschaft des "linken Flügels". So inszenierte die Linken-Abgeordnete Kati Grund bereits einen Skandal, indem sie im Parlament ein Kleidungsstück mit der Aufschrift "F... AfD" präsentierte. Eine offene Gegnerschaft pflegt auch die grüne Kleinstfraktion. Deren Mitglieder verweigern beispielsweise selbstverständliche Höflichkeitsgesten wie den Gruß auf dem Gang oder den Handschlag im kleineren Kreis. An Abgrenzung und Ausgrenzung werden wir uns wohl gewöhnen müssen. Wir werden ihnen mit Humor begegnen. Der Kontakt zur CDU-Fraktion gestaltet sich dagegen völlig unproblematisch, teilweise herzlich. Hinter vorgehaltener Hand habe ich von deren

Mitgliedern schon mehr als einmal offene Sympathiebekundungen erhalten. Selbiges kann ich von so manchen Repräsentanten des öffentlichen Lebens berichten, mit denen ich in den letzten Wochen natürlich zahlreiche Gespräche geführt habe.

Welche Rückmeldungen von Privatpersonen und Medien haben Sie auf Ihre bisherigen Auftritte im Landtag und vor allem in den Medien erhalten? Und wie verteilte sich dabei die positive und negative Kritik auf interne und externe Kreise?

Wie erwähnt, hat sich der Landtag in Thüringen bisher nur zu einer Sitzung zusammengefunden. Hier konnte ich zumindest kurz das Wort ergreifen und einige

Grundsatz der AfD transportieren. In den Medien wurde registriert, dass dort jemand seine Jungferrede hielt, der zweifellos in Zukunft noch einiges zu sagen hat. Natürlich wurde auch genüsslich darauf hingewiesen, dass mir der Landtagspräsident einmal einige mahnende Wort ob meiner Ausführungen zurief. Ich wollte in dem Augenblick allerdings gar nicht provozieren, sondern befand mich einfach noch im Wahlkampfmodus - ein Anfängerfehler eben. In Parteikreisen war der Tenor eindeutig: Fraktionschef Höcke hat den von ihm erwarteten Einstand gegeben. Weiter so!

Blicken wir einmal in die Zukunft: Welche Ziele wollen Sie im Landtag in den nächsten fünf Jahren erreichen, um 2019 rückblickend von einer erfolgreichen Legislaturperiode sprechen zu können?

Die inhaltlich-strategische Planung ist angelaufen. In der Opposition sind die Möglichkeiten der konkreten Politikgestaltung aber gering. Kleine und große Anfragen sowie Gesetzentwürfe können eingebracht werden. Erstere werden oftmals lieblos beantwortet, letztere immer abgelehnt. Deshalb wird es uns darum gehen müssen, die im Landtagswahlprogramm niedergeschriebenen Ansätze zunächst verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu tragen. Dazu müssen wir viele Personalressourcen in den Aufbau eines Teams "Medien- und Öffentlichkeitsarbeit" investieren.

Inhaltlich werden wir uns mit den Kernthemen Familie, Bildung und Innere Sicherheit profilieren. Eine erste Fraktionstagung werden wir noch vor der Weihnachtspause zum Thema "Einwanderung" durchführen. Das ist ein

Thema, das landes-, bundes- und europaweite Bedeutung hat, und das die Menschen in Thüringen – neben der Sorge um die wirtschaftliche Entwicklung – wie kein zweites bewegt. Die Fraktionsarbeit wird flankiert von der Parteiarbeit in den Bundes- und Landesausschüssen. Zentral ist für mich der BFA 9 (Deutschland, Euro und Europa 2030), zu dem es ein Pedant auf Landesebene geben wird. Hier entscheidet sich, ob die Partei in der Lage ist, kraftspendende Visionen zu formulieren oder im Konventionellen steckenbleibt.

In einem Interview mit der konservativen Zeitschrift "Blaue Narzisse" haben Sie die AfD als "identitäre Kraft" bezeichnet, was das WDR-Magazin "Monitor" aufgriff und kritisierte. Sie haben der Sendung daraufhin postwendend "zwangsgebührenfinanzierte Volksverdummung" vorgeworfen. Warum?

Ich erinnere mich noch gut an das Interview mit dem WDR nach einer Wahlkampfveranstaltung in Erfurt, das in dem erwähnten Beitrag ebenfalls eine Rolle spielte. Von Anfang an war klar, dass es dem Fragesteller nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit meinen Positionen ging. Mein Gegenüber versuchte sich in Zirkelschlüssen und Suggestivfragen. Als ich ihn nach Quellenbelegen für seine Behauptungen fragte, reagierte der Reporter sichtbar nervös. Offensichtlich war das Gespräch liederlich vorbereitet und unredlich durchgeführt worden. Mein Verdikt von der "zwangsgebührenfinanzierten Volksverdummung" beruhte eben auf dem untrüglichen Eindruck, dass hier Mitarbeiter eines öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders, der einen gesetzlichen

Bildungs- und Informationsauftrag hat, im konkreten Fall lediglich von einem Stigmatisierungsinteresse geleitet waren. Zu keinem Zeitpunkt ließen sie ein Erkenntnisinteresse in ihrer Befragung durchblicken. Diese Einseitigkeit wurde im Bericht sklavisch durchgehalten - sowohl im Hinblick auf den Schnitt der Aussagen und der Bilder als auch auf die Personenauswahl. Daß so ein offen tendenziöses Machwerk dann drei Tage vor zwei Landtagswahlen gesendet wurde, läßt auf gezielte politische Einflussnahme schließen.

Im übrigen stehe ich zu meinen Positionen die Identität betreffend. Nochmal in aller Kürze: Der Mensch ist auf Orientierung hin angelegt. Entwurzelung und Entgrenzung überfordern die meisten Menschen und verunmöglichen Identifikation. Nur aus der Identifikation mit etwas resultiert ein Leben für etwas, das über das Elementar-Triebhafte und Selbstbezogene hinausdrängt. In postmoderner Beliebigkeit kann sich keine wertgebundene Gemeinschaft gründen. Und nur eine wertgebundene Gemeinschaft bringt dauerhafte Staatlichkeit hervor. Wer demokratische Rechtsstaatlichkeit einfordert, muß ihre anthropologischen Prämissen definieren. Das tue ich, weiß mich offen für andere Meinungen und bin bereit überzeugende Gegenargumente in meinen Standpunkt einzuarbeiten.

Kürzlich hieß es in einer Rundmail, die regelmäßige Telefonkonferenz der Bundes- und Landessprecher der AfD habe beschlossen, eine Teilnahme von AfD-Mitgliedern an Demonstrationen wie jener der "Hooligans gegen Salafisten" (HoGeSa) in Köln sowie deren Unterstützung oder Billigung seien "ein schwe-



Foto: ZDF

rer Verstoß gegen Ordnung und Grundsätze der AfD und würde(n) zur Einleitung von Parteiordnungsmaßnahmen bis hin zum Parteiausschluss führen". Betrachtet man das laute Schweigen der AfD-Führung zum Thema Islamismus in den vergangenen eineinhalb Jahren seit Gründung der Partei, so stellt sich die Frage: Wäre es nicht eigentlich Aufgabe der AfD, dieses Thema zu behandeln, anstatt es auf der Straße liegen und damit ausgerechnet einer längst totgeglaubten Bewegung wie jener der Hooligans zu überlassen?

Bei der Bewertung der Demonstration in Köln darf man es sich nicht zu leicht machen. Natürlich kann Gewalt in einem demokratischen Rechtsstaat niemals Teil der politischen Auseinandersetzung sein. Sie muß aufs schärfste verurteilt werden. Als AfD tun wir allerdings auch gut daran, bei der

Bewertung nicht in die gleiche Kerbe wie die Altparteien zu schlagen. Der griechische Historiker Thukydides, der neben Herodot als einer der Väter der Geschichtswissenschaft gilt, trennte in seinen Darstellung erstmals sauberlich zwischen Ursache und Anlass. Die AfD braucht demnach nicht nur eine Fernperspektive die Zukunft betreffend, sondern eine ebensolche für die Vergangenheit. Dass Stellvertreterkriege, z.B. Kurden gegen Salafisten, Jesiden gegen Tschetschenen, auf deutschem Boden ausgetragen werden, ist das Ergebnis einer seit Jahrzehnten ablaufenden Einwanderung in unser Land, die weder quantitativ noch qualitativ assimiliert werden kann. In vielen Großstädten sind bereits Parallelgesellschaften entstanden. Die deutsche Staatsgewalt weicht zurück. Die Folgen des Staatsversagens in diesem Bereich, das im jahrzehntelangen Totalversagen der Altparteien seinen Ausgang

hat, wird für immer mehr Deutsche im Alltag erlebbar. Die meisten Menschen brauchen das konkrete Erleben, um nach einer Zeit des Nachdenkens ihr Wahlverhalten zu überdenken. Als AfD müssen wir in dieser Situation unsere Position zum Salafismus sehr deutlich artikulieren, um als wirkliche Alternative wahrgenommen zu werden.

Manche Menschen wollen sich jenseits von Wahlen aktiv engagieren. Die Ausübung des Demonstrationsrechts stellt eine Möglichkeit dar, politisch Handelnder zu werden und Einsatz für unser Staatswesen zu zeigen. Dass bei der Demonstration in Köln das legitime Aufzeigen von tatsächlichen Mißständen und das Ausleben niederer Triebe zusammenfielen, ist das Bedauerliche. Das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht. Die Führung einer Partei, zu deren Markenkern die Wiedergewinnung der bürgerlichen Freiheit gehört, kann schlecht das Demonstrations-

recht für Parteimitglieder eingrenzen. So sind Demonstrationen gegen einen nicht mit den Werten der Aufklärung und eines demokratischen Rechtsstaates vereinbaren religiösen Ansatzes nicht nur legal, sondern sogar wünschenswert. Allerdings sollte man als AfD-Mitglied Demonstrationen meiden, die von tendenziell gewaltbereiten Gruppen angemeldet oder aufgesucht werden. Das gebietet einfach die politische Klugheit und das war der Fingerzeig, den die Parteiführung geben wollte. Der Zweck heiligt eben nicht jedes Mittel.

Klar ist aber auch, dass die Eskalationsdynamiken einer Demonstration, selbst bei gewisserhafter Vorprüfung, niemals vollständig antizipiert werden können. Auch wenn kein Hinweis auf eine Gewalteskalation vorliegt, kann trotzdem das Fehlverhalten eines Einzelnen eine solche in Gang setzen. Hier einem Parteimitglied ein ausschlusswürdiges Fehlverhalten nachzuweisen, dürfte sehr schwer fallen. In dubio pro libertate!

In einem weiteren Interview haben Sie gesagt, es sei "eine Überlegung wert, ob ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an Liberalismus nach insgesamt drei Generationen des Liberalismus, noch eine drängende Frage der Zeit ist". Und weiter: "Wir leben bereits in einer sehr liberalen Gesellschaft, die im Namen des 'Ich' in Jahrzehnten dem 'Wir' fast alles abgerungen hat. Jeder Spaß ist gemacht, beinahe jedes Tabu gebrochen! Es kann also keinesfalls um ein mehr an gesellschaftspolitischem Liberalismus gehen." Sie sehen die AfD folglich nicht als FDP-Ersatz, richtig?

Das ist richtig. Wenn einige

Mitglieder den Traum von der FDP 2.0 träumen, dann ist das legitim, aber nicht mehrheitsfähig. Meine Mitstreiter, mit denen ich unter großen Geburtswehen die Partei in Thüringen aufgebaut habe, sind grundsätzlicher veranlagt. Eine Zielsetzung FDP 2.0 würde ihnen nur ein müdes Lächeln entlocken. In einem vor kurzem veröffentlichten Interview mit der "Jungen Freiheit" habe ich zum Thema Liberalismus ja schon einiges gesagt. Ein zeitgeistgeschwängelter Vulgarliberalismus ist nicht wert, dass man für ihn antritt. Es gibt allerdings ordoliberalen und nationalliberalen Strömungen, die ich in der AfD integriert sehen möchte. Die bereits jetzt parteiintern anhebende Diskussion über das TTIP wird gerade wegen des dichotomen Gepräges der AfD auf einem hohen Niveau geführt werden können. Darauf freue ich mich. In dieser Erörterung werde ich mich beizeiten deutlich positionieren.

Aus aktuellem Anlass nur etwas Grundsätzliches: Die AfD tritt mit dem Anspruch auf, in Generationen, nicht in Legislaturperioden zu denken. Eine fundierte Folgeabschätzung, die auf einer breit angelegten Interdependenzanalyse beruht, muss das Kennzeichen unseres alternativen Politikansatzes sein und dauerhaft bleiben. Das gegenwärtig von Merkel & Co. praktizierte "Regieren auf Sicht" dürfen wir uns niemals zu eigen machen. Kurzfristig kann die geplante Ausweitung des Freihandels Wachstumsimpulse setzen und Wohlstandszuwächse ermöglichen. Ich möchte jetzt nicht auf meine Schwierigkeiten mit dem Wachstumsansatz zu sprechen kommen, sondern lieber auf die Gefahren hinweisen, die mit einer Verstärkung bzw. der Ausweitung der

deutschen Exportabhängigkeit einhergehen. Volkswirtschaftliche Rechnungen müssen immer vor dem Hintergrund geopolitischer Entwicklungsszenarien aufgemacht werden. Die Welt ist multipolarer geworden. Zur Mitte dieses Jahrhunderts werden zudem 10 Milliarden Menschen unseren Planeten bevölkern. Trotz weiterer Innovationen wird die maximale Tragfähigkeit der Erde ausgetestet werden. Konflikte um Rohstoffe, um bebaubares Land und Wasser werden aller Voraussicht nach zunehmen. Hinzu kommen die bereits vor fast zwanzig Jahren von Samuel P. Huntington beschriebenen Auseinandersetzungen zwischen kulturell unterschiedlich geprägten Großräumen. Das Ende der Geschichte ist noch lange nicht in Sicht. Und auf dem Weg zum ewigen Frieden scheinen wir ebenfalls noch nicht zu sein. Ich muss mich hier auf Andeutungen beschränken. Zu bedenken ist jedoch: Hier als Staat in zu großflächig und engmaschig vernetzten Räumen gefangen zu sein, kann im Falle einer Perturbation, die sich über das ganze System fortpflanzt, fatale Folgen haben.

Bernd Lucke hat in einem kürzlich erschienen Interview mit der "Bild am Sonntag" auf die Frage, welche AfD-Politiker denn "einen guten Job" machen würden, mit "Herr Kruse, Herr Gauland, Frau Petry" geantwortet. Vermissen Sie in dieser Aufzählung Ihren Namen?

Selbst wenn der Name Höcke noch gefallen wäre, hätte Bernd Lucke doch jede Menge Menschen unerwähnt lassen müssen, die zweifellos einen mindestens so "guten Job" gemacht haben wie ich. Frauke Petry und Alexander Gauland sind Bundesvor-

standsmitglieder, die ihm noch regelmäßiger begegnen und die ihm vielleicht präsenter sind. Ich glaube also nicht, daß hier System vorliegt.

Natürlich weiß er, daß mir der Kampf um die Meinungsfreiheit und andere, leider in diesem Land nicht mehr vollumfänglich wirksame Bürgerrechte, sehr am Herzen liegt. Daher bin ich sicher noch etwas forscher beim Löcken wider die Stacheln des Zeitgeistes als anderes Führungspersonal in der AfD. Daneben vertrete ich mein patriotisch-konservatives Credo offensiv und weiß dafür eine überwältigende Mehrheit meines LV hinter mir. Als Patriot bekenne ich mich zu einer ehrlichen, reinen und bescheidenen Vaterlandsliebe. Auf dieser Liebe zum Eigenen fußt meine Weltoffenheit. Der Reichtum der menschlichen Kultur fasziniert mich. Als Konservativer setze ich organisches Werden (Entelechie) gegen Machbarkeitswahn und Menschheitsbeglückungsphantasien.

Die AfD sehe ich auch als Durchlauferhitzer der Ideen. Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden gewaltig sein. Unsere Problemlösungsfähigkeit hängt auch von der Bandbreite der erörterten Lösungsvorschläge ab. Selbst grundsätzliche Kritik an den Gegebenheiten muß möglich sein, wenn sie sachlich vorgetragen wird und dem gesunden Menschenverstand nicht Hohn spricht.

In weiten Teilen der Jungen Alternative (JA) sind Sie ne-

ben Alexander Gauland besonders angesehen. Wie ist umgekehrt Ihr Eindruck von der Parteijugend?

Ich habe stets behauptet, dass die AfD die letzte evolutionäre Chance für unser Land ist. Sie kann es nur sein, wenn sie so lange als möglich "in Bewegung" bleibt. Unser Zeitfenster ist nicht sehr groß. Je mehr Menschen von der

Berungen etwa des JA-Landessprechers von Baden-Württemberg, Markus Frohnmaier, machen mir Hoffnung, dass dieser Auftrag erkannt worden ist.

Voraussichtlich im Frühjahr wird der AfD-Bundesvorstand neu gewählt. Innerhalb der JA werden Sie als einer der aussichtsreichsten Kandidaten gehandelt. Besteht Ihrerseits Interesse?

Martin Debes von der "Thüringer Allgemeinen" schrieb kürzlich in einem Portrait über mich: "Er ist merklich gealtert in dem einen Jahr. Im Sommer 2013 stand Björn Höcke noch auf der Bühne vor dem Erfurter Bahnhof und wirkte wie ein verspäteter Jura-Student, mit seinem jugendlich-glatten Gesicht und dieser Locke, die er sich stetig aus der Stirn wischte. Jetzt sind seine Haare kurz geschnitten und etwas ergraut, die Augen liegen tiefer. Falten haben sich in die Haut gegerbt." Ich habe nicht meine Familie vernachlässigt und den Rest meiner Jugend geopfert, um mich als

Parteigänger zu arrivieren. Dafür bin ich nicht angetreten. Wenn der Bundesvorstand zu viel Substanz den politischen Zweckmäßigkeiten opfert, werde ich diesen Schritt erwägen. Davon gehe ich allerdings nicht aus. Und dann bin ich froh, wenn ich nicht noch eine weitere Institution mit meiner Lebenszeit nähren muss.

Herr Höcke, vielen herzlichen Dank für das Gespräch!

INTERVIEW: MOMO BRODBECK



Foto: AfD Thüringen

Partei leben, je mehr Mandatsträger wir in unseren Reihen haben, desto schneller wird der Erneuerungswille erlahmen. Das ist leider eine Quasi-Naturgesetzlichkeit.

Der Parteijugend bringe ich daher nicht nur Sympathie entgegen, weil ich selbst noch das Stürmen und Drängen in mir spüre, sondern weil ich von ihr die Artikulation eines grundsätzlichen Anspruchs erwarte. Sie soll sich, nein, sie muss sich als "institutionalisierte Suchbewegung" verstehen. Äu-

BADEN-WÜRTTEMBERG

Wider die Sanktionsspirale

Die Junge Alternative Baden-Württemberg lud am 25. Oktober gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Ludwigsburg zu einer hochkarätig besetzten Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde. Das Thema lautete: "Russland – Dialog statt Sanktionen"



Lars Patrick Berg, Stephan Wunsch, Daniil Bisslinger, Markus Frohnmaier, Alexander Gauland Foto: AfD Ludwigsburg

Das Podium der Musikhalle Ludwigsburg war bis auf den letzten Platz gefüllt, als am Samstag, den 25. Oktober, der JA-Landesverband Baden-Württemberg gemeinsam mit dem AfD-Kreisverband Ludwigsburg zur Vortragsveranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde lud. Zu recht, denn die Veranstaltung war hochkarätig besetzt: Neben dem stellvertretenden Sprecher der AfD, Dr. Alexander Gauland, waren auch der Attaché der Botschaft der Russischen Föderation in Berlin, Daniil A. Bisslinger sowie der ehemalige stellvertretende Sprecher der AfD Baden-Württemberg und heutige EU-Fraktionsmitarbeiter Lars Patrick Berg zu Gast, flankiert vom Vorsitzenden der JA Baden-Württemberg, Markus Frohnmaier, und dem Ludwigsbur-

ger KV-Sprecher Stephan Wunsch.

Während Berg nach der Eröffnungsrede von Wunsch in seinem Beitrag den Schwerpunkt auf die medialen Aspekte der Krise in der (Ost-)Ukraine legte, schilderte Bisslinger die Lage aus Sicht der Russischen Föderation und sparte dabei nicht mit Kritik am Westen. Gauland wiederum zeigte in seinem Vortrag großes Verständnis für die russische Position und lobte die Veranstaltung einige Tage später sogar gegenüber der „Welt“: In allen Veranstaltungen werde er nach der Feindstaatenklausel gefragt und danach, ob Deutschland überhaupt souverän sein dürfe. Unter den AfD-Anhängern gebe es eine "deutliche anti-amerikanische Unterströmung", und zwar nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. "Ich war kürzlich in Ludwigsburg

in einem vollen Saal. Ich habe meine außenpolitische Rede mit den bekannten Russland-Positionen gehalten und erhielt viel Beifall". Frohnmaier schließlich legte den Fokus auf die deutschen Interessen in einer multipolarer werdenden Welt. „Aus deutscher Perspektive heißt das, die Sanktionsspirale zu durchbrechen und die in St. Petersburg beschlossene Modernisierungspartnerschaft mit Russland wieder aufzunehmen“, erklärte er. „Denn Russland als Rohstofflieferant war und ist für Deutschland von herausragender Bedeutung“, so der JA-Landesvorsitzende in seiner vom Publikum mit viel Beifall bedachten Rede, die im Internet in voller Länge abrufbar ist.

MOMO BRODBECK

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

leserbriefe.jaz(at)gmail.com

Paris – Berlin – Moskau – Belgrad

Der Vorsitzende der Jungen Alternative Baden-Württemberg, Markus Frohnmaier, nahm an einer hochkarätig besetzten internationalen Konferenz über Sicherheits- und Geopolitik in der serbischen Hauptstadt Belgrad teil



Foto: Stiftung der Würde

Durch den Berufsverkehr zum Stuttgarter Flughafen, rein ins Flugzeug und ab nach Belgrad. Aufregung und Hektik ist zu spüren, wenn man dieser Tage durch Serbiens Hauptstadt Belgrad flaniert, vom Platz der Republik mit dem königlichen Reiterdenkmal entlang der Hauptgeschäftsstraße Knez Mihailova. Die serbische Hauptstadt putzt sich heraus. Mit der größten Militärparade seit vierzig Jahren feiert die serbische Regierung an 16. Oktober die Befreiung von der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutsche Reich vor 70 Jahren. Ehrengast ist dabei Russlands Präsident Wladimir Putin.

Die Nichtregierungsorganisation "Stiftung der Würde" hatte mich für den 17. Oktober nach Belgrad eingeladen um auf einer sicherheits- und geopolitischen Konferenz zu sprechen. Pünktlich um 10 Uhr wird die Konferenz im Hyatt Regency Belgrade Hotel durch Alexander Konuzin, Diplomat und Botschafter der Russischen Föderation a.D. und Miroslav Parovic, Präsident der Partei "Drittes Serbien" eröffnet.

In seiner Eröffnungsrede, sagt Miroslav Parovic, die ukrainische Krise zeige, dass auf dem europäischen Gebiet auch geopolitische Kämpfe zwischen den atlantischen Mächten auf der einen und

der unabhängigen Kräfte auf der anderen Seite ausgetragen würden. Parovic führt auch die strategische Bedeutung der Ukraine aus, durch deren Gebiet die wichtigsten Gasleitungen laufen, die Russland mit dem Rest Europas verbinden. Derjenige, der die Ukraine beherrscht, beherrscht im Wesentlichen die Gasströme und Gas sei die Energiequelle des 21. Jahrhunderts. Auf dem Gebiet der Ukraine befinden sich große Vorkommen an Ölschiefer, aus denen man Gas gewinnen kann – doch nur die Vereinigten Staaten hätten die nötige Technologie für ihre Ausbeutung. Das Ziel der atlantischen Mächte sei, an diese Ressourcen zu gelangen und die

Transitroute des Gases einzunehmen, um dann dem Rest Europas den Kauf des aus dem ukrainischen Ölschiefer gewonnen Gases aufzuzwingen, so Parovic. Es sei deshalb auch kaum verwunderlich, dass der Sohn von US-Vizepräsident Joe Biden als Cheflobbyist bei der Burisma Holding, einem der führenden privaten Gasproduzenten in der Ukraine, anheuerte.

Der frühere russische Botschafter in Serbien, Alexander Konuzin, begrüßte die Versammlung und erklärte, dass die Idee der Verbindung Deutschlands, Frankreichs und Russlands eine alte Idee ist, der heute eine umso wichtigere Bedeutung zukomme. Vor mir sprechen außerdem noch Sanda Rašković-Ivi, Präsident der Demokratischen Partei Serbiens, und Eric Maulin, Politikwissenschaftler und Professor an der Universität Straßburg. Mein Tischnachbar Dr. Andrej Fajgelj betont, dass die Zusammenarbeit zwischen Paris, Berlin und Moskau ein Test sei, der zeigen werde, wer wirklich ein vereintes Europa wolle.

Gegen 12 Uhr erfolgt dann mein Redebeitrag. Ich führe aus, dass die EU eigentlich eine Institution der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Integration sein sollte, sie jedoch stattdessen über die Eurorettungs- und Sanktionspolitik der europäischen Wirtschaft schadet. Da eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik noch nicht existiert, werden die europäischen Staaten quasi gezwungen, vitale nationale Interessen selbst zu vertreten. Weiter heißt es in mei-

nem Redemanuskript: "Dabei können wir nur dann eigene Interessen vertreten, wenn wir uns weder an die USA noch an Russland ketten. Dazu müssen wir endlich wieder damit beginnen eigene Interessen zu formulieren. In unserem Interesse ist mit Sicherheit nicht die Aufkündigung der in St. Petersburg beschlossenen Modernisierungspartnerschaft mit Russland. Die derzeitige Sanktionspolitik schadet



Foto: Stiftung der Würde

insbesondere dem deutschen Mittelstand, sie betrifft aber unsere Partner über dem Atlantik nicht. Die Befürworter von Sanktionen sprechen ständig von gemeinsamer europäischer Verantwortung. Was ist gemeinsame europäische Verantwortung und welche Rolle nimmt Deutschland dabei ein? Kann man von gemeinsamer europäischer Verantwortung sprechen, wenn Frankreich trotz Sanktionen Rüstungsgüter im Wert von einer Milliarde Euro nach Russland verkauft? Ist es gemeinschaftliche europäische Verantwortung, wenn Polen von der EU Entschädigungen für entgangene Handelsgewinne mit Russland fordert? Sieht gemeinschaftliche europäische Verantwortung so aus, dass Italien munter über den Bau der South-

stream-Pipeline nach Russland verhandelt? Wenn gemeinsame europäische Verantwortung darin besteht, dass die einen rücksichtslos versuchen, entstehende ökonomische Verluste einzugrenzen und die anderen bezahlen, dann will ich diese Art der gemeinsamen europäischen Verantwortung nicht weiter mittragen." Ich schließe mit dem Hinweis, dass ich der Überzeugung sei, dass die Welt noch nicht am vielzielierten Ende der Geschichte angelangt sei, sondern höchstens am Ende eines monopolaren Universalismus. Die entstehende paneuropäische Bewegung der Souveränität, der Selbstbestimmung und der Identität sei äußeres Zeichen dafür.

Die Konferenz brachte Gäste aus Serbien, Frankreich, Russland, Deutschland, Österreich und Italien zusammen: Teilnehmer waren neben den bereits genannten Personen unter anderem Vojin Grković, Professor an der Fakultät für Technische Wissenschaften in Novi Sad, Rodolphe Oberle, Experte für Sicherheitsfragen und Mitglied in mehreren OSZE-Missionen, Ljubiša Despotovi vom Institut für politische Studien in Belgrad, Nenad Krsti, Professor an der Philosophischen Fakultät in Novi Sad, Branimir Jovanovi, Direktor des Nikola Tesla Museum in Belgrad und viele, viele mehr.

Ausdrücklich möchte sich die JA-BW für die Spendenbereitschaft der AfD-Mitglieder bedanken, die uns die Teilnahme an dieser Konferenz erst ermöglichte.

MARKUS FROHNMAIER

Aller guten Dinge sind drei

Bereits zum dritten Mal innerhalb kürzester Zeit besuchten Vertreter der Jungen Alternative Baden-Württemberg Veranstaltungen der Jungen Union, der Nachwuchsorganisation der CDU – der nachfolgende Bericht stammt von der Internetseite der in diesem Fall gastgebenden JU Schorndorf

Am Samstag, den 1. November, traf sich die Junge Union Schorndorf mit Markus Frohnmaier, dem Landesvorsitzenden der Jungen Alternative. Ebenfalls zu Gast in der Gaststätte „Abseits“ in Schorndorf waren Freunde der Jungen Union Winnenden, die sich ebenfalls für das Treffen mit der Jungen Alternative – die Jugendorganisation der AfD – interessierten. Der neu gewählte Vorsitzende des Kreisverbands der JA Rems-Murr war ebenfalls anwesend. In einer regen Diskussionsrunde hatten zahlreiche JU'ler einige Fragen an Markus Frohnmaier. Dazu gehörten „Wie kam es dazu, dass sich mit der AfD eine weitere Partei zur bestehenden Parteilandschaft gesellt hat?“ oder „Wo will die AfD hin?“ und „Wie ist das Verhältnis zwischen Jugendorganisation und Mutterpartei in der AfD“. Es gab einige interessante Einblicke wie sich die Jugendorganisation der AfD gegründet hat und welche



Abschlussbild: Markus Frohnmaier mit JU-Mitgliedern

Foto: Privat

Herausforderungen und Probleme sie auf dem Weg bis zur anerkannten Jugendorganisation innerhalb ihrer Mutterpartei hatten. Ziel des Gespräches war im persönlichen Gespräch sich ein Bild der Jungen Alternativen zu machen, ohne dass jetzt Koalitionsaussagen getroffen werden sollten. Im Großen und

Ganzen war es eine aufschlussreiche Veranstaltung mit interessanten Gesprächen. Der Abend wurde zusammen mit einigen Freunden der JU Nürtingen im Kesselhaus in Schorndorf ausgeklungen.

JUNGE UNION SCHORNDORF

Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

[leserbriefe.jaz\(at\)gmail.com](mailto:leserbriefe.jaz(at)gmail.com)

VERSTAND STATT IDEOLOGIE.



JUNGE ALTERNATIVE

BRANDENBURG

Rendezvous in der Hauptstadt

Am 31. Oktober folgten knapp 30 JÄler einer Einladung der Jungen Alternative Brandenburg nach Berlin

Bei Kaffee und Kuchen diskutierte man tagespolitische Ereignisse, wie zum Beispiel die rot-rot-grüne Koalition in Thüringen, aktuelle Streiks der GDL oder auch, wie man auf den Terror des "Islamischen Staates" reagieren sollte. Aber auch die drei neuen Landtagsfraktionen waren ein beliebtes Thema.

Nach dem Abendessen im Café Hardenberg besuchten die Gäste der JA Brandenburg mit ihren Gastgebern noch den Tag der offenen Tür der Berliner Burschenschaft Thuringia. In geselliger Runde tauschten sich JÄler und Burschenschafter angeregt über Politik aus und lernten einander kennen.

Martin Kohler, stellvertretender Vorsitzender der JA Brandenburg, betonte nach der Veranstaltung: "Bundesweite Treffen



JA Brandenburg

sind immens wichtig für uns. Einander kennenzulernen und miteinander zu diskutieren, erleichtert es, Kompromisse zu schließen, auf dem nächsten Bundesjugendkon-

gress unser Programm zu erweitern und einen kompetenten Bundesvorstand zu wählen."

MARTIN KOHLER



+++ JETZT HIER MITGLIED WERDEN +++

HESSEN

Vier gewinnt

Die Ebbelwoi-Gläser waren gefüllt, der Handkäs' stand auf dem Tisch: Am Samstag, den 18. Oktober, tagte im "Homburger Hof" in Frankfurt-Eckenheim die insgesamt vierte Landesjugendversammlung der JA Hessen



Foto: JA Hessen

Im Vorfeld der bereits dritten Landesjugendversammlung in diesem Kalenderjahr hatten sich als besondere Gäste Beatrix Diefenbach und Dr. Konrad Adam aus dem AfD-Bundesvorstand angekündigt. Letzterer musste zwar kurzfristig aufgrund einer anderweitigen Verpflichtung für die AfD absagen, stellte jedoch in Aussicht, an der nächsten Landesjugendversammlung partizipieren zu können.

Nach einer anregenden Gesprächsrunde unter einigen vorab anwesenden Teilnehmern draußen im Hof ging es pünktlich um 13 Uhr hinein in den reservierten Seminarraum. Es wurde nun gemütlich, denn diese Veranstaltung entwickelte sich trotz des GDL-Streiks und daher entsprechend zahlreicher Absagen von Mitgliedern sowie Interessenten zur größten jemals durchgeführten Landesjugendversammlung in der jungen Geschichte der JA Hessen.

Entsprechend der Tagesordnung wurde als Versammlungsleiter Dr. Robert Rankl (Sprecher des

hessischen AfD-KV Offenbach Land) gewählt, welchen die Mitglieder der JA Hessen ebenfalls als außerordentlichen Gast freudig begrüßten. Lukas Scheible, dem das ehrenvolle Amt des Protokollführers zuteil wurde, präsentierte sodann auf einem frisch bestellten Transparent das neue Logo der Jungen Alternative Hessen, welches er im Raum für alle gut sichtbar platzierte. Eben dies war auch von besonderer Bedeutung, denn so konnten alle Anwesenden das bereits per Umlaufverfahren neugewählte Logo aus nächster Nähe begutachten und endgültig darüber Beschluss fassen.

Im Fokus der Landesjugendversammlung stand im weiteren Verlauf vor allem die beabsichtigte satzungsgemäße Angliederung der JA Hessen an die AfD Hessen, was zu langen, spannenden Diskussionen innerhalb der gesamten Runde führte, sodass der Zeitrahmen merklich gesprengt wurde. Einig waren sich alle Teilnehmer jedenfalls darin, dass eine entsprechende Angliederung nur eine Frage der Zeit sei, zumal der Zuspruch innerhalb der 26 Kreisverbände der AfD Hessen mittlerweile als enorm (!) bezeichnet

werden kann, nachdem die JA Hessen in jüngster Vergangenheit überhaupt erstmals auf sich aufmerksam und sich bei den Kreisverbänden persönlich vorstellig gemacht hatte.

Nach einiger Zeit fand sich nun auch Frau Diefenbach, die am Tag zuvor noch der AfD-Bundesvorstandssitzung in Berlin beige-wohnt und sich daher etwas verspätet hatte, ein. Die Beisitzerin im Bundesvorstand der Mutterpartei begann sogleich mit ihrer hervorragend vorbereiteten Präsentation über das komplexe Verfahren der Bundesparteiprogrammierarbeit innerhalb der gesamten AfD, welches von der untersten Ebene bis zum höchsten Organ ebenso ausführlich wie informativ dargestellt wurde. Die Teilnehmerschaft gelangte zur Erkenntnis, dass für die Programmierarbeit ein zeitintensives sowie gut durchdachtes Prozedere erforderlich ist, um sicherstellen zu können, dass die Mitgliederbasis ihren demokratischen Anspruch auf angemessene Mitbestimmung behält.

Die nächste Landesjugendversammlung der JA Hessen wird nach Stand der Dinge – hoffentlich dann mit Anwesenheit des AfD-Bundessprechers Dr. Konrad Adam – am 13. Dezember am selben Ort stattfinden; ein Indiz dafür, dass der Landesvorstand der JA Hessen mit Hochdruck an den bevorstehenden Aufgaben arbeitet.

LUKAS SCHEIBLE, ROBERT WASILIEW

DEBATTE

Recht auf Rausch?

Markus Mohr, Vorsitzender des JA-Kreisverbandes Aachen (NRW) und Abgeordneter der AfD im Stadtrat, über die immer wiederkehrenden Diskussionen zur Legalisierung weicher Drogen wie Cannabis

Regelmäßig taucht die Forderung nach einer Legalisierung von Rauschgiften auf. Vor allem die Legalisierung des Cannabis-Konsums wird gerne auf die politische Tagesordnung geschoben. Rauschgiftbefürworter stammen auffallend häufig aus linksliberalen oder linksextremen Kreisen. Erstere leiten ihre Forderungen aus der „persönlichen Freiheit des je Einzelnen“ ab. Letztere leiden häufig unter weltanschaulich bedingten Wahrnehmungsstörungen der Lebenswirklichkeit und einem damit einhergehend ungeklärten Verhältnis zu Gewaltbereitschaft und Rauschgiftkonsum.

In Deutschland sind es vor allem die Grünen und die Linken, die einen freien Verkauf von Cannabis fordern. Auch bei der linksliberalen Hamburger FDP tauchte die Forderung diesen Sommer auf. Vielleicht als letzter Verzweiflungs-Akt gegen den Niedergang der Partei. Noch zwei Jahre zuvor hatte sie einen ähnlichen Vorstoß der Grünen und Linken im Bundestag empört zurückgewiesen. In Aachen wanzte sich die Spaßpartei „Piraten“ an die linken Studenten der Kaiserstadt ran. Sie forderte für ihr erlebnisorientiertes Langzeitstudenten-Klientel einen „Cannabis Social Club“.

Bei Parteien die Cannabis-Konsum legalisieren möchten fällt auf, daß es ihnen auf anderen Gebieten an seriösen und tragfähigen Konzepten mangelt. Asylpolitik,



Foto: Flickr/Dave H

Europapolitik, Geldpolitik – auf allen Gebieten, die wirklich drängen, hört man von den genannten Parteien abseits der Friede-Freude-Eierkuchentänze nur donnerndes Schweigen. Weiche Themen dienen als Profilierungsanker, um über die eigene Inhaltsleere hinwegzutäuschen. Den Durchschnittsbürger interessiert hingegen, ob er nach 40 Jahren Arbeit von seiner Rente leben kann und was aus seinem Ersparten wird.

Selbstverständlich muß man sich beim Vertreten einer Idee nicht mit denjenigen gemein machen, die sie ebenfalls vertreten. Nach dieser Maßgabe werden in Deutschland bereits zu viele gute Ideen blockiert, nur weil ein unangenehmer Mensch einen ähnlichen Vorschlag gemacht hat. Doch gibt

es auch sachliche Gründe, den Genuß von Cannabis weiterhin nicht zu legalisieren. Dabei braucht niemand die Alarmglocken läuten, aber sollte die Folgen des Konsums auch nicht verharmlosen.

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Cannabis-Konsums hängen von vielen Faktoren ab: Zum Beispiel der psychischen Verfassung, der konsumierten Menge und dem persönlichen Umfeld des Konsumenten. Am größten ist die Gefahr einer psychischen Abhängigkeit, allerdings hängt auch diese von unterschiedlichen Einflüssen ab. Auf die Gefahr eines Amotivationssyndroms mit sich steigerndem allgemeinen Desinteresse, geringerer Belastbarkeit und wachsender Gleichgültigkeit weist die deutsche Hauptstelle für Suchtfr-

gen hin. Verschiedene Studien ziehen Verbindungen zwischen Cannabis-Konsum und psychotischen Erkrankungen. Während des Konsums sind Angst- und Panikattacken möglich, die Wahrnehmungsfähigkeit ändert sich massiv. Auch das Kollabieren des Kreislaufs kommt vor. Die Wahrnehmungsfähigkeit des Konsumenten kann durch anhaltenden Cannabis-Konsum auch über die unmittelbare Wirkungszeit der konsumierten Droge beeinträchtigt werden. Auswirkungen auf die Hirnleistung insbesondere bei Heranwachsenden sind nicht eindeutig geklärt.

Ein häufiges Problem bei Studien zum Cannabis-Konsum ist die Frage nach Ursache und Wirkung. So lassen einige Studien den Schluß zu, daß jugendliche Cannabis-Konsumenten das Risiko einer IQ-Minderung eingehen. Die Erkenntnisse sind aber nicht ganz eindeutig, weil die Gruppe der Probanden in der gleichen Zeit auch andere Suchtmittel konsumierte. Bei der Betrachtung der psychischen Folgen von Cannabis wird von einigen Forschern vermutet, daß psychisch labile Personen eher zum Suchtmittel greifen. In diesem Fall sind Ursache und Wirkung möglicherweise ebenfalls vertauscht. Das könnte auch die Verbreitung von Rauschgift in der linken Szene erklären.

Die schwierige Beweisbarkeit der negativen Folgen des Cannabis-Konsums nutzen Legalisierungs-Aktivist*innen gerne als Keule, um eine ergebnisoffene Debatte mit Drogen-Skeptikern abzuwürfen. Gleichzeitig verweisen sie auf sinkende Kriminalitätsraten, wenn bei einer Legalisierung die Beschaffungskriminalität wegfallen. Die Gewerkschaft der Polizei läßt dieses Argument eingeschränkt

gelten. Sie verweist dabei auf eine wahrscheinlich deutlich steigende Zahl von Unfällen nach Cannabis-Konsum. Auch würde die Menge der konsumierten Drogen zunehmen.

Auf den ersten Blick haben die Befürworter der Legalisierung einige Argumente auf ihrer Seite. Daher erfahren auch die Vorschläge zu sogenannten „Cannabis Social Clubs“ wohlwollende Würdi-



Foto: Flickr/"Shoot everything you see."

gungen. Suchtbeauftragte verweisen darauf, daß Anbau und Konsum besseren Kontrollen unterworfen wäre. Die Einrichtungen hätten den Vorteil, daß die konsumierten Drogen nicht gestreckt wären und der Konsum in einem relativ festen sozialen Umfeld stattfände. Dadurch wäre die Gefahr der Selbstinsolvenz der Konsumenten verringert. Das Cannabis dürfte nicht verkauft und Dritte nicht zum Konsum ermuntert werden. Auch dürfte das Cannabis die Räumlichkeiten des „Clubs“ nicht verlassen. Daß diese Wohlverhaltensregeln nur auf dem Papier bestünden, bedarf keiner besonderen Betonung. Die Hemmschwelle Drogen zu

konsumieren würde weiter sinken und der Selbstanbau von Cannabis drastisch zunehmen.

Es bleibt die grundsätzliche Frage der persönlichen Einstellung zum Drogenkonsum. Das „Recht auf Rausch“, wie es viele Legalisierungs-Aktivist*innen einklagen, kann jeder nur mit sich alleine aushandeln. Befürworter einer Legalisierung von Cannabis verweisen immer wieder auf die erheblichen gesundheitlichen Schäden, die durch legale Drogen wie Zigaretten und Alkohol hervorgerufen werden. Diese Feststellung ist zutreffend und doch werden daraus falsche Schlüsse gezogen. „Aus freiheitlicher, individualistischer Perspektive sollte jeder Mensch für sich und seinen Körper allein verantwortlich sein.“ Das ist das Hauptargument der linksliberalen „Recht auf Rausch“-Befürworter, die damit türöffnend auch der Legalisierung von Heroin, Kokain und LSD das Wort reden. Wer allerdings so etwas wie das Allgemeinwohl im Blick hat und bereits sieht, daß der verantwortungsvolle Umgang mit legalen Drogen erhebliche Schwierigkeiten bereitet, der fragt sich, ob die Legalisierung von weiteren Rauschgiften tatsächlich der richtige Weg ist.

Solange die möglichen Folgen des Cannabis-Konsums nicht hinreichend geklärt sind, ist eine Legalisierung verantwortungslos. Zumal viele Gelegenheitskonsumenten keinen Wert auf eine Legalisierung legen. Kaum ein Gelegenheitskonsument fühlt sich „kriminalisiert“ oder klagt über fehlende Beschaffungsmöglichkeiten. Es gibt keinen Bedarf weitere Rauschgifte zu legalisieren. Entsprechende Bemühungen sind vor allem ideologiegetrieben.

Gerade für eine neue politi-

sche Kraft stellt sich die Frage, ob sie sich mit Nischenthemen beschäftigen oder nicht doch besser die wirklich wichtigen Aufgaben anpacken will. Umfragen zeigen, daß viele Wähler, der AfD gerade im staats- und wirtschaftspolitischen Bereich eine hohe Kompetenz zusprechen. Sollte man dieses bürgerliche Potenzial zugunsten einer indifferenten Interessengruppe möglicherweise sogar verschrecken? Die wirklich wichtigen Probleme und Themen, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt, liegen sicherlich nicht in der links-liberalen Verwirklichung des „Rechts auf Rausch“.

MARKUS MOHR

ÜBER DEN AUTOR



Markus Mohr wurde am 10. Juli 1984 in Simmerath geboren und ist in Roetgen und in der Nordeifel aufgewachsen. Seit Oktober 2013 ist er Mitglied der AfD, in der er inzwischen Stellvertretender Sprecher des Kreisverbandes Aachen ist und die er im örtlichen Stadtrat vertritt. Zudem ist er Vorsitzender des Kreisverbandes Aachen der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA). Von Beruf ist Mohr Bankkaufmann und Versicherungsfachwirt, zu seinen Hobbies zählen Literatur, Schach und Laufen.

LESERBRIEFE

Hier haben Sie das Wort!

leserbriefe.jaz(at)gmail.com – Die Redaktion behält sich Auswahl, Kürzungen und Redigierungen vor



Nicht mitschweigen

Zu: "Russlandpolitik der AfD" (12/2014)

Ich möchte Herrn Brigadegeneral Dieter Farwick in diesem Punkt widersprechen. Wir sollten uns nicht von Meinungen sondern vielmehr von geschichtlichen Fakten leiten lassen. Zu den Fakten gehört, dass der ehemalige Präsident der Ukraine, Herr Janukowitsch, gemäß den Richtlinien der internationalen Wahlbeobachter der OSZE von ALLEN Ukrainern demokratisch gewählt wurde. In der Ukraine regte sich Widerstand gegen den Präsidenten Janukowitsch wegen seiner Russland zugeneigten Außenpolitik, was auch zu mehreren Aufständen auf dem Maidan-Platz geführt hat. Diese

Widerstände gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Janukowitsch wurden vom Westen mit Hilfe von Besuchen europäischer Staatsvertreter und Zugeständnissen u.a. vom damaligen Außenminister Westerwelle massiv unterstützt. Der Assoziierungsvertrag zwischen dem Westen und der Ukraine, der in § 11 auch eine militärische Unterstützung zum Inhalt hatte, hat die Ukraine in zwei Lager getrennt. Dieser Assoziierungsvertrag war ein großer Fehler (...). Russland sah durch diese Ereignisse seine militärischen Interessen in Gefahr. Wenn eine demokratisch gewählte Regierung gestürzt wird, musste Putin im Sicherheitsinteresse Russlands etwas unternehmen. Er hat die Krim besetzt und damit den wichtigsten Flottenstützpunkt Russlands gesichert. Ich frage was wohl die Amerikaner in seiner Situation gemacht hätten. (...)

PAUL BONFERT

Volle Souveränität

Zu: "Diskussion zur Ukraine" (12/2014)

Als Mitglied der AfD und Leser der "JAZ" sehe ich die strategische Positionierung der AfD weitestgehend wie die JA diese darstellt. Ich hoffe doch sehr, dass diese Positionierung sich auch gesamtparteilich durchsetzt! (...) Deutschlands strategische Ausrichtung muss so sein – und das sollte im Grundsatzprogramm der AfD unmissverständlich zum Ausdruck kommen – dass Deutschland keine besonderen Beziehungen zu irgend einem Staat hat! (...) M.E. ist (...) folgende strategische Ausrichtung, folgendes strategisches Ziel das Wichtigste: Die volle Souveränität Deutschlands!

J. PFEIFFER, RAVENSBURG